



# Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLINSON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang.

Omaha, Nebr., Montag, den 12. März 1920

4 Seiten—No. 314

## Deutschland von Bürgerkrieg bedroht

### Das Volk über die Revolution geteilter Ansicht; Ebert gibt Befehl zu einem allgemeinen Streik; die Lage wird bedenklich

### Süddeutsche Truppen gehen zur Revolution über

Berlin, 15. März. (Von Carl D. Groat, Korrespondent der United Press.) Es wird befürchtet, daß Deutschland einen Bürgerkrieg entgegensteht. Den Vernehmen nach sind die Südstaaten für die Revolution nicht begeistert. In Essen soll es zu heftigen Unruhen gekommen sein; 30 Personen sind im Kampfe gefallen und 80 verwundet.

In einem anderen Bericht heißt es, daß Dr. Kapp, Diktator der Revolution, bereit ist, zu resignieren und einer Koalition von Parteien mit der Regierung betrauen will.

Der allgemeine von Ebert und Kapp angeordnete Streik macht sich in Berlin stark geltend. Die Züge haben ihre Fahrten eingestellt; in mehreren Distrikten ist die Wasserleitung abgestellt worden; Speisehäuser haben ihre Türen geschlossen; das Geld nimmt zu, besonders unter der ärmeren Bevölkerungsklasse. In manchen Kreisen wird behauptet, daß die Revolution nicht von langer Dauer sein wird; es wird geltend gemacht, daß Kapp nicht die Unterstützung der breiten Masse besitzt.

Berichte, daß Ebert verhaftet worden ist, sind bisher nicht bestätigt worden. Auch verlautet, daß Kapp'se Seeräuber bilden, um sie gegen Kapp zu führen.

Die Eisenbahnangehörigen beschließen den Streik, nachdem Kapp deren Forderung zu resignieren, abgelehnt hatte. Sozialisten der Ebert-Gruppe haben die Hoffnung, Kapp als Kanzler zu entfernen, nicht aufgegeben, dem Angeleitete sozialistischer Beamtenverbände haben sich geweigert, Kapp's Diktatur anzuerkennen und haben beschloffen, mit den Bahngewerkschaften gemeinsame Sache zu machen.

Staatssekretäre wollen in Berlin verbleiben, um ihren Pflichten nachzukommen und kümmern sich nicht um die revolutionäre Bewegung.

Berichten zufolge hat der Gouverneur der Provinz Ostpreußen ein Manifest erlassen, in welchem er die Revolutionsregierung anerkennt.

Mehrere süddeutsche Regimenter haben sich den Revolutionären angeschlossen.

Kapp hat eine Erklärung erlassen, welcher zufolge er das von Ebert gegebene Versprechen, Kriegsverweigerer das Reichsgericht in Leipzig zu stellen, halten wird.

Es wird gesagt, daß Anhänger der Revolution Kiel nach heutigem Geheiß besetzt haben.

Herr von Saniel hat das Amt des Ministers des Inneren übernommen, ferner, daß er keine Dienste im Interesse der Nation anbietet, Präsident Ebert aber die Krone halten werde. Es heißt, daß mehrere Generale der Reichswehr, darunter v. Oiderhausen, resigniert haben, weil sie nicht willens sind, unter den Revolutionären zu dienen.

In Karlsruhe sollen Arbeiter als Protest gegen die Kapp Diktaturhaft gestreikt haben.

Kapp gewinnt an Anhang. Frankfurt a. M., 15. März.—In Westdeutschland hat die Revolution unoffizielle Berichte zufolge schwächende Erfolge aufzuweisen. Der alten Regierung ist nach blutigen Kämpfen der Gehorsam aufgefragt worden. Auch in Schwaben sollen die Ebert-Beamten vertrieben worden sein. In Weimar ist die Revolution siegreich; in Mühlheim ist das Militär zu Kapp übergegangen.

In Wöhrum hat ein Arbeiterrat, der sich weder zu Ebert noch Kapp bekennt, die Verwaltung an sich gegriffen und die Einwohner entworfen. Nachdem in Hannover der allgemeine Streik erklärt wurde, kam es zwischen Arbeitern und Studenten zu einem Zusammenstoß; die Studenten setzten sich in den Besitz der Bahnhöfe.

Ebert nachgiebig. Es verlautet, daß Herr Metzger sich auf Veranlassung Eberts nach Berlin begeben wird, um mit Kapp über die Einsetzung einer konstitutionellen Regierung zu verhandeln.

Eine frühere aus London kommende Depesche besagt, daß Ebert, der sich in Dresden aufhalten soll, in einem Interview erklärte, er werde mit den Revolutionären nicht verhandeln. Er ist überzeugt, daß seine Regierung beibehalten werden wird. Die neue Berliner Regierung, sagte er, „wird mit uns Unterhandlungen anknüpfen, wir aber haben absolut abgelehnt. Wir nehmen den Standpunkt ein, daß die Diktatur in Berlin keine Parteigruppe betrifft; es sind bloß ein paar Parteigänger, die sich temporär die Gewalt aneignen.“

Soviets erheben ihr Haupt. Kopenhagen, 15. März.—Radikale haben sich die Gelegenheit zunutze gemacht und in Hof und Schweinfurt, Bayern, Sowjetrepubliken eingerichtet. Es verlautet ferner, daß sich Sowjetbänden auf dem Wege nach Gomburg befinden.

Entente für neue Regierung. Berlin, 15. März.—Die halb-offizielle Neugigantengericht: Unterhandlungen zwischen Vertretern der neuen Regierung und der Entente-Kommission in Berlin haben gute Resultate gezeitigt. Die Kommission soll sich zugunsten der neuen Regierung ausgesprochen haben.

Allgemeiner Streik angeordnet. Berlin, 15. März.—Der sich zum Kanzler emporgeschungene Präsident des Verbandes der Alldeutschen Dr. Wolfgang Kapp bemüht sich, dem deutschen Volk die Ueberzeugung zu bringen, daß die von ihm gebildete Regierung wahre Demokratie bedeuten werde; Produktion wird erhöht und die Rechte der Arbeiter werden gewahrt werden.

Von Friedrich Ebert, Präsident der alten Regierung, der sich beim Einmarsch der Marine-Truppen hastig aus Berlin zurückzog, heißt es, daß er sich in Stuttgart aufhalten soll; dann wird wieder gesagt, daß er sich in Dresden befindet. Von dort aus hat er ein Manifest an die Sozialisten erlassen, zur alten Regierung zu halten; er hat einen allgemeinen Streik angeordnet, um der Gegenrevolution wirksam beizutreten zu können. Vierterorts wird dieser Aufforderung entsprochen, indessen macht sich im allgemeinen eine Abneigung gegen den Streik geltend.

Neue Regierung nicht monarchistisch. Berlin ist ruhig; das Volk harret der Dinge, welche kommen sollen. Uebrigens hat Dr. Kapp alle Verleumdungen getroffen, Feinde der neuen Regierung energisch zu bekämpfen. Wiederholt verweist er auf die Tatsache hin, daß die neue Regierung keineswegs reaktionär ist, auch wird v. Wiederherstellung der Monarchie nicht angestrebt. Diefelbe strebt einzig und allein den Wiederaufbau Deutschlands und dessen Rehabilitierung in den Augen der übrigen Welt an. Auswärtigen Korrespondenten gegenüber hat Dr. Kapp die Erklärung abgegeben, daß die Friedensbedingungen erfüllt werden würden, soweit es die Ehre Deutschlands und dessen wirtschaftliche Lage zulassen.

Es heißt, Sachsen, Württemberg und Baden haben sich der von Dr. Kapp eingeleiteten Bewegung nicht angeschlossen; es heißt, die Nationalpartei habe mit Dr. Kapp nichts gemein; auch der Führer der Konföderativen Graf Paladowitz erklärt, daß er sich der Bewegung nicht anschließen werde. Bis jetzt ist es noch nicht sichtbar, daß eine oder die andere der großen Parteien Stellung für oder gegen Dr. Kapp genommen hat; indessen läßt sich erkennen, daß die Truppen in Süddeutschland zu ihm übergehen; auch hat sich kein Anhang seit letzten Samstag stark vermehrt.

Sindenburg und Labendorf. Sindenburg, wofür die hervorragende Figur in Deutschlands öffentlichen Leben, hat sich bei allen jüngsten Vorgängen im Hintergrund gehalten. General Labendorf, Sindenburgs rechte Hand im Kriege, soll mit dem neuen Kanzler eine

Unterredung gehabt haben. Was in derselben besprochen wurde, ist natürlich nicht bekannt. Möglich ist es, daß Sindenburg, der als Präsidentschaftskandidat genannt wird, binnen kurzem im nationalen Leben in den Vordergrund treten wird.

Proklamation der neuen Regierung. Kanzler Kapp und Generalmajor von Müntzing haben folgende Proklamation erlassen: Der Sturz der Regierung muß nicht im reaktionären Sinne aufgefaßt werden. Im Gegenteil ist er eine fortschrittliche Maßnahme patriotischer Deutschen aus allen Parteien zur Wiederherstellung von Gesetz, Ordnung, Manneszucht und ehrlicher Regierung in Deutschland. Es handelt sich um einen zu lange verzögerten Versuch, die Grundlagen zu einem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands zu legen; um es in den Stand zu setzen, die Bedingungen des Friedensvertrages zu erfüllen, die vernünftig und nicht selbst-zerstörend sind. Begleitet von dem Eifer um die Wohlfahrt aller Deutschen, sucht die neue Regierung herzlich das Einverständnis und die Mitwirkung aller Unabhängigen für die Erhaltung und den Ausbau von Gesetz, für die Aufhebung der arbeitenden Klassen. Das Manifest beschuldigt die Sozialisten der Ueberbürdung des Volkes mit Steuern, der Unfähigkeit, die Bedingungen für eine gesteigerte Produktion auf allen Gebieten zu schaffen, der Beschränkung der persönlichen Freiheit, und der Verhinderung der Neuwahlen. Eine Regierung, die Erzberger als Mitglied duldet, mußte geben. Die Proklamation erklärt den Regierungswechsel für eine innere Angelegenheit Deutschlands. Sie verurteilt, alle Anstrengungen zur Erhaltung des inneren und äußeren Friedens zu machen und die Fehler einer Regierung zu vermeiden, die jetzt allfälligerweise vergangen und vergessen sei.

Proklamation der vertriebenen Regierung. Die sozialistische Regierung hat einen von Präsident Ebert, Kanzler Bauer, Wehrminister Roste, Arbeitsminister Schmitz, Ernährungsminister Dr. Schmidt, Minister des Auswärtigen Müller und Minister David unterzeichneten Aufruf erlassen, in welchem es heißt: „Wir werden uns dieser militärischen Anmaßung nicht beugen. Die Revolution annehmen, heißt die blutige Herrschaft von Soldaten heute wieder gutheißen. Wir treten in kein Bündnis mit den baltischen Verbänden. Arbeiter, Kameraden, wir mühten uns schämen, Euch in die Augen zu sehen, wenn wir anders handeln würden. Streikt! Hört auf zu arbeiten! Kämpft mit allen Mitteln für die Erhaltung der Republik gegen die Militärdiktatur. Es gibt nur ein Mittel gegen die Mächtige des Jenseits. Legt das wirtschaftliche Leben lahm. Keine Hand darf sich rühren, kein Proletariat darf der militärischen Diktatur helfen.“

Alliierte werden sich nicht einmischen. Paris, 15. März.—In amtlichen Kreisen herrscht die Ueberzeugung, daß die verbündeten Regierungen zu der deutschen Gegenrevolution eine abwartende Stellung einnehmen und es dem deutschen Volke überlassen werden, sich über die ihm zuzugewandene Regierungsform zu einigen. Die bewaffneten Unruhen in Deutschland werden als sehr unheilvoll für Deutschland und das übrige Europa angesehen, da sie zu einer Zeit eintreten, als die Rekonstruktion eben begonnen hatte.

Ex-Kaiser ist nicht verurteilt. Im Haag, 15. März.—Soweit man Nachrichten erhalten kann, ist weder der frühere Kaiser, noch der Kronprinz in den Sturz der deutschen Regierung verurteilt. Von zündender Seite wird berichtet, daß sowohl der Bohnst des Kaisers als Amerongen und der des Kronprinzen zu Wieringen so scharf bedroht werden, daß die holländische Regierung keine weiteren Maßnahmen zur Verhütung von Intrigen oder der Flucht des Kaisers oder seines Sohnes zu treffen braucht. Der Generalsekretär der Niederlande, J. B. van, hat die Sache eingehend mit dem Justizminister beraten.

Washington ist beunruhigt. Washington, 15. März.—In Regierungskreisen hat die Nachricht von dem Regierungswechsel in Deutschland große Besorgnis hervorgerufen, da das Gefühl herrscht, die Alliierten könnten gewonnen werden. Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland zur Durchführung des Friedens von Versailles in Antwerpen

## Mittelschleswig stimmt für Deutschland

Deutsche erzielen riesige Mehrheiten in allen Wahlbezirken.—Dänemark geht leer aus.

Kopenhagen, 15. März.—Nicht-antilige Berichte über den Ausfall der getriggen Wahlstimmung in der zweiten schleswighischen Zone zeigen, daß sich die überwältigende Mehrheit der Einwohner für den Verbleib im Deutschen Reich entschieden hat. Bis Mitternacht war noch von keinem einzigen Distrikt Meldung eingegangen, der sich für Dänemark entscheidet, der sich für Dänemark entscheidet, der sich für Dänemark entscheidet.

Soweit bekannt, ist das Resultat der Abstimmung in der zweiten Zone folgendes: Für Deutschland: 48,148; für Dänemark: 13,025.

Die erste Zone in Schleswig, Nord-Schleswig, stimmte am 10. Febr. für Anschluss an Dänemark. Die Abstimmung geschah in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Friedens von Versailles, um den Nord-Schleswighern dänischen Stammes eine Wiedervereinigung mit Dänemark zu ermöglichen, von dem sie seit 1240 staatsrechtlich getrennt waren.

Sims von Hoover nur wenig unterstützt. Washington, 15. März.—Bei seiner Verehnung durch das Marine-Komitee des Senats weigerte sich Hoover, sich über die militärische Befähigung der Flotte auszusprechen und beschränkte sich auf Darstellungen der kritischen Lage der Alliierten vom April bis September 1917 infolge des deutschen Tauchbootkrieges. Er hielt sich nicht für kompetent, über militärische und Flottenverhältnisse zu urteilen. Hoover trübt seine Ueberzeugung aus, daß die Beteiligung Amerikas das Jünglein der Wege im kritischen Augenblick zu Gunsten der Alliierten umgeschlagen habe, hielt es aber für unkorrekt zu sagen, daß Amerika den Krieg gewonnen habe.

Hoover war auf den Wunsch des Admirals Sims vorgeladen worden. Dieser legte seine Angriffe auf die Marineverwaltung vor dem Senat's Komitee vor.

Gefiger Sturm in den Felsengebirgen. Denver, Colo., 15. März.—Die Rocky Mountain Staaten wurden am Sonntag von einem Orkan heimgesucht, der mit einer Geschwindigkeit von über 60 Meilen die Stunde wehte. Zerstörte Häuser, umgeworfene Telegraphenpfeile und entwirrte Gänge bezeichnen seine Spur. Verluste an Vieh und Menschenleben wurden nicht berichtet. Der Telegraphen- und Telephondienst ist beträchtlich gestört.

Denver, Colo., 15. März.—Die Rocky Mountain Staaten wurden am Sonntag von einem Orkan heimgesucht, der mit einer Geschwindigkeit von über 60 Meilen die Stunde wehte. Zerstörte Häuser, umgeworfene Telegraphenpfeile und entwirrte Gänge bezeichnen seine Spur. Verluste an Vieh und Menschenleben wurden nicht berichtet. Der Telegraphen- und Telephondienst ist beträchtlich gestört.

Denver, Colo., 15. März.—Die Rocky Mountain Staaten wurden am Sonntag von einem Orkan heimgesucht, der mit einer Geschwindigkeit von über 60 Meilen die Stunde wehte. Zerstörte Häuser, umgeworfene Telegraphenpfeile und entwirrte Gänge bezeichnen seine Spur. Verluste an Vieh und Menschenleben wurden nicht berichtet. Der Telegraphen- und Telephondienst ist beträchtlich gestört.

Denver, Colo., 15. März.—Die Rocky Mountain Staaten wurden am Sonntag von einem Orkan heimgesucht, der mit einer Geschwindigkeit von über 60 Meilen die Stunde wehte. Zerstörte Häuser, umgeworfene Telegraphenpfeile und entwirrte Gänge bezeichnen seine Spur. Verluste an Vieh und Menschenleben wurden nicht berichtet. Der Telegraphen- und Telephondienst ist beträchtlich gestört.

Denver, Colo., 15. März.—Die Rocky Mountain Staaten wurden am Sonntag von einem Orkan heimgesucht, der mit einer Geschwindigkeit von über 60 Meilen die Stunde wehte. Zerstörte Häuser, umgeworfene Telegraphenpfeile und entwirrte Gänge bezeichnen seine Spur. Verluste an Vieh und Menschenleben wurden nicht berichtet. Der Telegraphen- und Telephondienst ist beträchtlich gestört.

Denver, Colo., 15. März.—Die Rocky Mountain Staaten wurden am Sonntag von einem Orkan heimgesucht, der mit einer Geschwindigkeit von über 60 Meilen die Stunde wehte. Zerstörte Häuser, umgeworfene Telegraphenpfeile und entwirrte Gänge bezeichnen seine Spur. Verluste an Vieh und Menschenleben wurden nicht berichtet. Der Telegraphen- und Telephondienst ist beträchtlich gestört.

Denver, Colo., 15. März.—Die Rocky Mountain Staaten wurden am Sonntag von einem Orkan heimgesucht, der mit einer Geschwindigkeit von über 60 Meilen die Stunde wehte. Zerstörte Häuser, umgeworfene Telegraphenpfeile und entwirrte Gänge bezeichnen seine Spur. Verluste an Vieh und Menschenleben wurden nicht berichtet. Der Telegraphen- und Telephondienst ist beträchtlich gestört.

Denver, Colo., 15. März.—Die Rocky Mountain Staaten wurden am Sonntag von einem Orkan heimgesucht, der mit einer Geschwindigkeit von über 60 Meilen die Stunde wehte. Zerstörte Häuser, umgeworfene Telegraphenpfeile und entwirrte Gänge bezeichnen seine Spur. Verluste an Vieh und Menschenleben wurden nicht berichtet. Der Telegraphen- und Telephondienst ist beträchtlich gestört.

Denver, Colo., 15. März.—Die Rocky Mountain Staaten wurden am Sonntag von einem Orkan heimgesucht, der mit einer Geschwindigkeit von über 60 Meilen die Stunde wehte. Zerstörte Häuser, umgeworfene Telegraphenpfeile und entwirrte Gänge bezeichnen seine Spur. Verluste an Vieh und Menschenleben wurden nicht berichtet. Der Telegraphen- und Telephondienst ist beträchtlich gestört.

Denver, Colo., 15. März.—Die Rocky Mountain Staaten wurden am Sonntag von einem Orkan heimgesucht, der mit einer Geschwindigkeit von über 60 Meilen die Stunde wehte. Zerstörte Häuser, umgeworfene Telegraphenpfeile und entwirrte Gänge bezeichnen seine Spur. Verluste an Vieh und Menschenleben wurden nicht berichtet. Der Telegraphen- und Telephondienst ist beträchtlich gestört.

Denver, Colo., 15. März.—Die Rocky Mountain Staaten wurden am Sonntag von einem Orkan heimgesucht, der mit einer Geschwindigkeit von über 60 Meilen die Stunde wehte. Zerstörte Häuser, umgeworfene Telegraphenpfeile und entwirrte Gänge bezeichnen seine Spur. Verluste an Vieh und Menschenleben wurden nicht berichtet. Der Telegraphen- und Telephondienst ist beträchtlich gestört.

Denver, Colo., 15. März.—Die Rocky Mountain Staaten wurden am Sonntag von einem Orkan heimgesucht, der mit einer Geschwindigkeit von über 60 Meilen die Stunde wehte. Zerstörte Häuser, umgeworfene Telegraphenpfeile und entwirrte Gänge bezeichnen seine Spur. Verluste an Vieh und Menschenleben wurden nicht berichtet. Der Telegraphen- und Telephondienst ist beträchtlich gestört.

Denver, Colo., 15. März.—Die Rocky Mountain Staaten wurden am Sonntag von einem Orkan heimgesucht, der mit einer Geschwindigkeit von über 60 Meilen die Stunde wehte. Zerstörte Häuser, umgeworfene Telegraphenpfeile und entwirrte Gänge bezeichnen seine Spur. Verluste an Vieh und Menschenleben wurden nicht berichtet. Der Telegraphen- und Telephondienst ist beträchtlich gestört.

Denver, Colo., 15. März.—Die Rocky Mountain Staaten wurden am Sonntag von einem Orkan heimgesucht, der mit einer Geschwindigkeit von über 60 Meilen die Stunde wehte. Zerstörte Häuser, umgeworfene Telegraphenpfeile und entwirrte Gänge bezeichnen seine Spur. Verluste an Vieh und Menschenleben wurden nicht berichtet. Der Telegraphen- und Telephondienst ist beträchtlich gestört.

Denver, Colo., 15. März.—Die Rocky Mountain Staaten wurden am Sonntag von einem Orkan heimgesucht, der mit einer Geschwindigkeit von über 60 Meilen die Stunde wehte. Zerstörte Häuser, umgeworfene Telegraphenpfeile und entwirrte Gänge bezeichnen seine Spur. Verluste an Vieh und Menschenleben wurden nicht berichtet. Der Telegraphen- und Telephondienst ist beträchtlich gestört.

Denver, Colo., 15. März.—Die Rocky Mountain Staaten wurden am Sonntag von einem Orkan heimgesucht, der mit einer Geschwindigkeit von über 60 Meilen die Stunde wehte. Zerstörte Häuser, umgeworfene Telegraphenpfeile und entwirrte Gänge bezeichnen seine Spur. Verluste an Vieh und Menschenleben wurden nicht berichtet. Der Telegraphen- und Telephondienst ist beträchtlich gestört.

Denver, Colo., 15. März.—Die Rocky Mountain Staaten wurden am Sonntag von einem Orkan heimgesucht, der mit einer Geschwindigkeit von über 60 Meilen die Stunde wehte. Zerstörte Häuser, umgeworfene Telegraphenpfeile und entwirrte Gänge bezeichnen seine Spur. Verluste an Vieh und Menschenleben wurden nicht berichtet. Der Telegraphen- und Telephondienst ist beträchtlich gestört.

Denver, Colo., 15. März.—Die Rocky Mountain Staaten wurden am Sonntag von einem Orkan heimgesucht, der mit einer Geschwindigkeit von über 60 Meilen die Stunde wehte. Zerstörte Häuser, umgeworfene Telegraphenpfeile und entwirrte Gänge bezeichnen seine Spur. Verluste an Vieh und Menschenleben wurden nicht berichtet. Der Telegraphen- und Telephondienst ist beträchtlich gestört.

Denver, Colo., 15. März.—Die Rocky Mountain Staaten wurden am Sonntag von einem Orkan heimgesucht, der mit einer Geschwindigkeit von über 60 Meilen die Stunde wehte. Zerstörte Häuser, umgeworfene Telegraphenpfeile und entwirrte Gänge bezeichnen seine Spur. Verluste an Vieh und Menschenleben wurden nicht berichtet. Der Telegraphen- und Telephondienst ist beträchtlich gestört.

## Großfeuer zerstört Grandview, Texas

Der angerichtete Schaden läuft in die Millionen; über 1,500 Menschen ohne Obdach.

Fort Worth, Texas, 15. März.—Ein Großfeuer, welches am Sonntag nachmittag in Grandview ausbrach, verursachte einen Schaden von über \$2,000,000 und machte 1,500 Leute obdachlos. Das ganze Geschäftsviertel und ein Teil des Wohnviertels wurden zerstört und drei Mann bei dem Zusammenbruch eines Hauses verletzt. Die Feuerwehren von Cleburne, Tascas und Alvarado waren prompt zur Stelle, aber das Wasser im Wasserturm ging aus und die Feuerwehre konnte nur die Fortschritte des Feuers beobachten. Dynamit war nicht zu erlangen. Automobile, Wagen und andere Fahrzeuge wurden in den Dienst gepreßt, um die Obdachlosen nach Alvarado und Tascas zu befördern. Waren im Werte von Hunderttausenden liegen auf den Straßen, durch Wasser und Rauch beschädigt. Das Feuer setzte in Gestalt eines „B“ durch die Stadt; mehr als 200 Häuser in dem sechsten Wohnviertel fielen ihm zum Opfer. Als das Feuer die Hauptstraße erreichte, hegte man die Hoffnung, das herrschende Nordwind würde das Geschäftsviertel unterhalten; aber im kritischen Augenblick sprang der Wind nach Süden und jedes Gebäude in dem Geschäftsviertel von acht Blocks ging in Flammen auf. Der Wind blieb so heftig, daß Feuerbrände meilenweit in's Land getrieben wurden, und drei Meilen von der Stadt entfernt ein Farmhaus anzündete. Unter Führung des Bürgermeisters haben sich die Bürger zu einem Sicherheits-Komitee organisiert, das die Straßen patrouilliert und aus den Ruinen rettet, was zu retten ist.

Lloyd George plant Gründung neuer Partei. London, 15. März.—Lloyd George wird seine Verbindung mit der liberalen Partei lösen und aus der gegenwärtigen Koalitionspartei eine neue Partei bilden, berichtet der „Observer“, der zu dem Premier engere Beziehungen unterhält als irgend eine andere Zeitung. „Lloyd George hat den Ruf nach einer neuen Partei und wird diese Woche seinen Entschluß kundgeben“, erklärt der „Observer“. Wenn dieser Bericht des „Observer“ auf Wahrheit beruht, wird eine Neugruppierung der Liberalen unter Führung Asquith's eintreten.

Tauchboot im Stillen Ozean verunglückt. Balleno, Cal., 15. März.—Die Ware Island-Flottenwerft hat drahtlose Tauchboote an alle Schiffe in der Nähe der Magdalena Bay, Unter Kalifornien, gesandt, der Mannschaft des amerikanischen Tauchbootes S-1 zu Hilfe zu eilen, welche am Strande der Insel Santa Margarita einen ganzen Tag ohne Wasserzubringen mußte.

Ein drahtloses Meldung ist der Kommandant, Leutnant Webb mit drei Mann der Besatzung ertrunken und am Strande befristet worden. Man glaubt, daß das Tauchboot wieder flott gemacht werden kann. Die S-1 geriet am Freitag während eines Sturmes auf die Felsen.

Washington, 15. März.—Die Ueberlebenden des gescheiterten Unterseebootes S-1 wurden durch einen Kreuzer gerettet. Ein Collier und ein Kreuzer sind unterwegs, das gescheiterte Tauchboot wieder flott zu machen.

Dampfer in der Atlantik gestrandet. Southampton, N. Y., 15. März.—Die Besatzung des Dampfers Lake Dewar, der hier am Freitag aufgelaufen und auf der äußeren Barre festsetzt, ist durch Rettungsleinen an Land gebracht worden, da die Wetterverhältnisse auf bevorstehende Stürme deuten.

Zwei Mann beim Schiffsuntergang ertrunken. San Francisco, Cal., 15. März.—Zwei Mann ertranken, als der Juma, ein Dampfer von 172 Tonnen, während eines Sturmes auf der Höhe von Point Reyes, 30 Meilen nördlich von hier, sank. Bierzehn Schiffbrüchige wurden von einem Dampfer aufgenommen und hier an Land.

## Vertrag=Abweisung scheint unabwendbar

### Gegner verfügen über wenigstens 37 Stimmen; „Unversöhnliche“ und Regierungs-Demokraten bilden jetzt eine starke Front

### Ereignisse in Deutschland erregen großes Interesse

Washington, D. C., 15. März.—Die heutigen Beschlüsse im Senat leiten den letzten Akt zu dem zwei Mal wiederholten Schauspiel der Verhandlungen über den Friedensvertrag ein. Während die Senatoren sich zum letzten Kampf rüsten, verfolgen sie mit großer Spannung die Entwicklung der Dinge in Deutschland. Die Gegenrevolution mit ihrer Möglichkeit der Zurückweisung des Friedens von Versailles wird von Gegnern der Böhlerliga als ein Bundesgenosse angesehen, der Stimmen gegen die Ratifikation des Vertrages wirft.

### Kein Bruch zwischen England u. Frankreich

Die Frage, nach einer Aenderung der Bestimmungen des Friedensvertrages in Harmonie heraten.

London, 15. März.—Wilson's Angriff auf den französischen Imperialismus hat in London das größte Interesse erregt, wo man glaubt, daß Wilson durch dieselben Umstände irreführt worden ist, welche zu dem Bericht über einen Lloyd George-Ritt Plan Veranlassung gaben, wodurch Willard auf der Sitzung in London zu Zugeständnissen an Deutschland genötigt werden sollte. Von wohlunterrichteter Seite wird die Existenz eines Komplotts gegen Frankreich in Abrede gestellt. Frankreich wurde auch nicht mit der Einziehung der Alliierten bedroht. Im Gegenteil war Lloyd George bereit, den finanziellen Bedürfnissen Frankreichs durch die Einwilligung zur Aufnahme einer neuen Anleihe in England entgegenzukommen.

Auf der Londoner Sitzung soll sich folgendes zugetragen haben: Als Lloyd George und Pitt Kläne für eine Aenderung der Politik gegen Deutschland entwarfen, erbot Willard Einspruch, da Frankreich vom Kriege an schwersten mitgenommen worden sei, und erst in ihren Entschädigungsansprüchen befriedigt werden müsse. Doch war Willard's Bemerkung zugunsten, als ihm die Unmöglichkeit einer strikten Ausführung der Friedensbestimmungen klargelegt wurde. Während der ganzen Konferenz herrschte zwischen den drei Mächten das schönste Einverständnis. Die Verhandlungen zwischen Pitt und Trumbull wurden ohne greifbare Resultate abgebrochen. Pitt lehnte nach Italien und Trumbull nach Jugoslawien zurück, um die Streitfrage mit den respektiven Kabinetten zu beraten. Die adriatische Frage wird beim Zusammentritt der Friedenskonferenz in Italien in einigen Wochen wieder aufgenommen werden.

Bryan will nicht als Kandidat gelten, aber—

Lincoln, Nebr., 15. März.—William A. Bryan sucht nicht die demokratische Nominierung für die Präsidentschaft, aber wenn niemand anderes gefunden werden kann, der seine Ideen einer progressiven Demokratie entspricht, wird er sich gedrungen fühlen, dem Ruf der Pflicht zu folgen. Bryan erklärt, daß er ein Leben in Ruhe und Frieden vorzieht, aber es für seine Schuldigkeit hält, für einen Platz in der Nebraska-Delegation zur Konvention in San Francisco zu kämpfen, um den Reaktionen und den Freunden des Saloons' opponieren zu können.

Wetterbericht. Für Omaha und Umgegend — Teilweise bewölkt und kälter heute abend und Dienstag.

Für Nebraska—Teilweise bewölkt heute nacht und Dienstag. Kälter heute heute nacht und im südlichen Teil am Dienstag.

Für Iowa — Bewölkt und unbeständig heute nacht und Dienstag; kälter.

Die Alliierten sind unerhöplich in der Erfassung hundert kleiner Scherze — sie wollten die türkische Frage lösen, behaupten sie.

Der Artikel 10 des Friedensvertrages wird heute im Senat zur Abstimmung gebracht werden. Es wurde vom Senat am Samstag einstimmig beschlossen. Mit dieser schwierigen Frage aus dem Wege, kann die Abstimmung über die Ratifikation des Friedensvertrages viel leichter am Dienstag oder Mittwoch stattfinden. Man hält die Ablehnung des Vertrages für absolut sicher. Die wärmsten Freunde des Vertrages erklären die Ratifikation für fast unmöglich, da sie berechnen, daß die vereinte Stärke der „Unversöhnlichen“ und der bis „zum Tode getreuen“ Demokraten sich auf wenigstens 37 Stimmen beläuft, vier mehr als genug um den Vertrag zu verwerfen. Wahrscheinlich wird die Mehrheit gegen den Vertrag größer sein, da die Führer der Regierungs-Demokraten zuversichtlich sind, eine stärkere Unterstützung für den Standpunkt des Präsidenten aufzubringen, als ihnen von den Vorkämpfern zugestanden wird.

Lodge weicht etwas zurück. Trotz heftigen Widerstandes seiner Partei hat Senator Lodge den „Unversöhnlichen“ etwas nachgegeben und ein Amendement des Senators Borah angenommen, welches den Kompromiß-Einwand gegen Artikel 10 fastlich wieder auf den alten Standpunkt bringt, so daß die Republikaner daran denken, den ursprünglichen Lodge-Vorschlag wieder aufzuheben. Senator Hitchcock ist sehr pessimistisch und erklärt, die Annahme des Vertrages auf Grund der bis jetzt gemachten Vorschläge sei vom demokratischen Standpunkt aus unmöglich. Senator Reed war sehr heftig in seinen Angriffen auf den Kompromiß. Er behauptete, die Aenderungen seien entweder gemacht, um irgend Jemand zu täuschen, oder um die Stimmen derjenigen Senatoren zu erlangen, die lieber ihr Gehalt beziehen, als das Land beschützen würden.

Präsident Wilson auf dem alten Standpunkt. Die Annahme des Vertrages wird ungemein erschwert durch die Beharrung des Präsidenten auf seinem alten Standpunkt. Es stellt sich heraus, daß in den letzten Tagen eine neue Korrespondenz zwischen dem Weißen Hause und Senator Hitchcock stattgefunden hat, in welcher der Präsident die Kompromiß-Vorschläge zu dem Artikel 10 zurückweist. Er erklärt diese für ebenso unübertraglich mit den Grundfäden der Liga, als den Einwand des Senators Lodge. Durch die Haltung des Präsidenten werden die Anstrengungen Hitchcock's und seiner Mitarbeiter für einen Kompromiß vereitelt, und da die Kompromiß-Freunde unter den Demokraten sofort nach dem Bekanntwerden der Stellung Wilson's in das Lager der Regierungstreuen zurückfallen, erachtet das Schicksal des Vertrages besiegelt. Doch werden gegen 25 Demokraten, die sich fürchten für die Wiederwahl mit dem Friedensvertrag des Präsidenten vor ihre Wähler zu treten, für die Annahme des Vertrages mit Vorbehalten stimmen. Hitchcock rechnet auf achtzehn regierung-treue Demokraten. Diese und die fünfzehn republikanischen und vier demokratischen Unversöhnlichen genügen, den Vertrag zu Fall zu bringen.

Wetterbericht. Für Omaha und Umgegend — Teilweise bewölkt und kälter heute abend und Dienstag.

Für Nebraska—Teilweise bewölkt heute nacht und Dienstag. Kälter heute heute nacht und im südlichen Teil am Dienstag.

Für Iowa — Bewölkt und unbeständig heute nacht und Dienstag; kälter.

Die Alliierten sind unerhöplich in der Erfassung hundert kleiner Scherze — sie wollten die türkische Frage lösen, behaupten sie.